

03. Juli 2005

Bürger überlegen, die Baustelle zu blockieren

Kritiker von Steg und Bootshaus wollen nicht locker lassen

St. Alban (ger).

Trotz eines kräftigen Regenschauers hat gestern Vormittag ein Pressegespräch mehrerer Dießener Vereine und Institutionen zum geplanten Steg und Bootshaus in St. Alban für einen Menschaufmarsch unter freiem Himmel gesorgt. Über 40 Personen bekundeten ihren Protest gegen die Baumaßnahme im Bereich des früheren Dampferstegs. Die Landtagsabgeordnete Ruth Paulig (Grüne) appellierte an die Minister Beckstein (Inneres), Faltlhauser (Finanzen) und Schnapp-auf (Umwelt), das Vorhaben zu stoppen. Eingeladen zu dem Pressetermin hatten die örtliche Agenda 21, der Bund Naturschutz (BN), der Heimatverein und die Grünen, die mit zahlreichen Bürgern und Missionsbenediktinerinnen die Ablehnung des Vorhabens bekundeten. „Dießen ist nicht Schilda“, machte Agenda 21-Sprecher Peter Ostermeier gleich zu Beginn klar. Steg und Bootshaus würden „das Landschaftsbild verschandeln und Steuergelder verschwenden“.

Gerade letztere seien nicht mehr in der Menge da, dass sie in den Sand gesetzt werden könnten. Es gebe kostengünstigere und landschaftsverträglichere Varianten, meinte Ostermeier. Er warnte davor, das Bauvorhaben unter dem Motto „Augen zu und durch“ weiterzutreiben. Auf verschiedenen Wegen will das Bündnis gegen den Steg und das Bootshaus versuchen, die Baumaßnahme zu stoppen, was freilich angesichts der Position des Innenministeriums (siehe Bericht oben) kaum möglich sein dürfte. Die Breitbrunner Landtagsabgeordnete Ruth Paulig (Grüne) faxte unmittelbar nach dem Pressetermin drei Ministerien an. Sie bittet die Minister, das Vorhaben zu stoppen. Es lägen, so die Abgeordnete mit Verweis auf entsprechende Vorschläge des Dießener Gemeinderates (Dampfersteg in Riederau, Liegeplätze des Dießener Segelclubs), „vernünftige Alternativen“ vor. Das „einzigartige kulturelle Kleinod der Situation der Kirche von St. Alban mit den Blickachsen auf See, Berge und das Kloster Andechs darf nicht zerstört werden“, appellierte Paulig.

Petition und Rechtsweg?

Diskutiert wurde auch, dass sich die Agenda, der BN, der Heimatverein und vielleicht auch politische Gruppen mit einer Petition an den Landtag wenden. Um einen praktischen Baubeginn am Montag zu verhindern, wurden zudem Überlegungen geäußert, die Baustelle zu blockieren. Auch rechtliche Schritte etwa in Form einer einstweiligen Verfügung wurden angesprochen. Bürgermeister Herbert Kirsch kündigte an, dass der Gemeinderat am Montag nochmals über die Angelegenheit diskutieren werde.

Die Gemeinde habe am Ende dem Bau des Steges und des Bootshauses in St. Alban zugestimmt, weil die rechtlichen Voraussetzungen dafür vorgelegen seien, dies sei aber mit der „ausdrücklichen Bitte“ verbunden gewesen, weitere Alternativen zu prüfen. Andernfalls wäre das Einvernehmen ersetzt worden. Außerdem gab Kirsch zu bedenken, dass die Marktgemeinde das Polizeiboot nicht verlieren wolle, „wer weiß, was dann aus der Polizeiinspektion wird“. In Zweifel gezogen wurde auch die Eigendarstellung der Wasserschutzpolizei. Um die Sach- und Menschenrettung kümmerten sich vor allem „fünf hervorragende Wasserwachten“, warf Dr. Wolfgang Salzmann ein. „Die Wasserschutzpolizisten erlebe ich primär als Leute, die suchen, wo sie einen Strafzettel umhängen können“, etwa wenn der TÜV-Stempel auf der falschen Seite angebracht sei. Weiter, so Salzmann, könnte auch mal genauer erforscht werden, warum die Polizei „beim Segelclub rausgeflogen ist“.